

Unabhängige
Zeitung
an der RUB

Nr. 28 • 8. Februar 2000

2313

... and Justice for All



Verfassungsgerichtsurteil zum Politischen Mandat

In diesem Heft:

Hochschule 'Marokkaner-Stopp' aufgehoben

Thema Politisches Mandat

Buch hoch die kampf dem - 20 Jahre autonome Plakate

Mit Nazis diskutieren?

N-tv, der Sender des notorisch übervorteilten und unterinformierten Kleinaktionärs, übt sich im demokratischen Einmaleins und erteilt zwischen Börsentips und Pferderennen einem das Wort, den siebenundzwanzig Prozent der Österreicher gewählt haben, um Hitlers Verkehrs- und Judenpolitik noch einmal



zuzustimmen. Dass unter Böhmes Motto „Auseinandersetzen statt ausladen“ auch der Ralph Giordano, der Freimut Duve und der Michael Glos nicht fehlen durften, versteht sich.

Nächste Woche bei *Talk in Berlin*: Gerhard Frey, Edmund Stoiber, Otto Schily und Tony Marshall. Thema: „Sind Neger minderwertig? Pro und Contra.“

Was der Haider in der Reichshauptstadt zu suchen hatte? Das Bundesinnenministerium und die Parteizentrale der Grünen natürlich. Wo sonst bekäme er sachkundigere Hinweise, wie das Regierungsprogramm von ÖVP

und FPÖ - Ausländerstopp und Privatfernsehen - in praxi aussieht? Hätten seine Wähler wirklich nur Asylkompromiss, Abschiebungen und n-tv gewollt, ein Umzug ins Altreich hätte es auch getan.

Warum dann aber jetzt der ganze Wirbel? Die Mobilisierung der Öffentlichkeit? Der Abbruch diplomatischer Beziehungen? - Mit dem Rassismus von Berufs wegen verhält es sich wie mit dem Gang in den Puff: Man schweigt drüber. Es sei denn, bei n-tv.

br

Liebe LeserInnen!

Das Pressegesetz zwingt uns, Gegendarstellungen unabhängig von deren Wahrheitsgehalt abzudrucken. Die Redaktion behält sich eine spätere Kommentierung der Behauptungen vor.

„Sehr geehrte Damen und Herren, bezugnehmend auf Ihren Artikel „Kohl gegen seine Anhänger verteidigt“ (Ausgabe Nr. 26 vom 25.01.00) erlauben wir uns, Sie aufzufordern, folgende Gegendarstellung abzudrucken:

1. Sie behaupten, die CDU sei die 'Nachfolgeorganisation' der NSDAP. Das ist falsch. Richtig ist vielmehr, dass es zwar sehr wohl enge personelle Verstrickungen gab, die CDU ein Sammelbecken ehemaliger NSDAP-Funktionäre war und diesen auch ermöglichte, sich weiterhin politisch zu betätigen; eine Rechtsnachfolge zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bestand und besteht jedoch nicht.

2. Sie behaupten weiterhin, dass die CDU eine 'kriminelle Vereinigung' sei. Das ist falsch. Richtig hingegen ist, dass die CDU kriminell gehandelt hat und substanziiell Gesetze gebrochen hat, darüberhinaus hat die Spendenaffäre den Konsens der freiheitlich-demokratischen Grundordnung derart gefährdet, daß der Vergleich mit einer terroristischen Vereinigung angebrachter erscheint, da die Integrität von Nation und Volk massiv angegriffen wurde.

Dr. Müller-Thurgau
i.A. CDU, Ortsgruppe Bochum“

Inhalt

- Seite 2:** Aktuelles
Seite 3: Hochschule: Rückschlag für Rassismus
Seite 4: Thema: Politisches Mandat
Seite 6: Buch: *hoch die kampf* dem. 20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen
Seite 7: MP3: *they might be giants*
Seite 8: Veranstaltungshinweise

Impressum

2313 wird wöchentlich herausgegeben von den Fachschaftsräten OAW, FFW, SoWi, Bio, TW und Mathe der RUB.

Redaktion: Thilo Ernst, Thomas Friedrichsmeier, Christoph Hassel, Hans Martin Krämer, Maren Michels, Henrik Motakef, Bernd Reinink, Charlotte Ullrich, Martin Winterhalder

V.i.S.d.P.: Emma L. Sehn, Unistr. 150, 44780 Bochum

Kontakt: c/o FR Sowi, GC 04/150, RUB, 44780 Bochum, Fax: 0234/9705081, E-Mail: 2313@gmx.de

WWW: <http://www.crosswinds.net/~online2313>

Rassismus auf dem Vormarsch

Dass auf die Regierungsbeteiligung der rechtsextremen FPÖ Jörg Haider in ganz Europa reagiert wird, ist mit einem weinenden und einem lachenden Auge zu betrachten. Besonders Frankreich und Belgien, die einen hohen rechten WählerInnenanteil verbuchen können/müssen, sind in ihrer Verurteilung der neuen Konstellation in Österreich besonders scharf.

Die Angst vor einem „Dammbruch“, einem Präzedenzfall, treibt die „demokratischen“ Parteien von links bis rechts dazu, ihre eigene Legitimation zu beschwören, indem sie sich klar von den Inhalten der FPÖ abgrenzen. Isolation wird gegen Integration der Rechtsextremisten diskutiert, der Schandfleck für ein Europa der Demokratischen Parteien schwebt als Damoklesschwert über den Nationen.

Gerechtfertigt ist eine kritische Betrachtung dieses antirassistischen Aktionismus allemal. Kann eine Kritik an dem „demokratischen Schutzwall gegen Ausländerfeindlichkeit“ mit Verweis auf die rassistische Asylpolitik der BRD, dem fremdenfeindlichen Auftreten der deutschen Exekutive und der Verharmlosung rechtsextremer Gewalttäter geübt werden? Wird damit relativiert, was es bedeutet, dass eine Rechts-Außen-Partei an einer Regierung beteiligt wird? Nicht nur der symbolische Wert, sondern auch die praktischen Auswir-

kungen einer Koalition, in welcher der eine Part das ausspricht, was beide denken, werden für marginalisierte Gruppen verheerend sein. Dennoch sollte nicht vergessen werden, dass sich alle auch so toleranten Parteien der menschenverachtenden Verwertungslogik des Kapitalismus verschrieben haben; dass es keiner DVU, NPD, FN, ÖVP oder sonst einer „bösen“ Partei in einer Regierung bedarf, um Menschen in Folter und Tod abzuschieben, nachdem sie in Lager gepfercht, sämtlicher Grundrechte beraubt, den Angriffen „fehlgeleiteter junger Menschen ohne Zukunftsperspektive“ ausgesetzt werden.

Wenn Regierungen, die den Profit von Großkonzernen über die Bedürfnisse von Menschen stellen, die angesichts rassistischer Hetze in die Knie gehen und einen Schlußstrich unter die deutsche Geschichte, eine „Normalisierung“ der Situation der deutschen Nation anstreben, wenn diese Regierungen ihre Sorge um die fremdenfeindliche Entwicklung in Österreich bekunden, gar eine umfassende Aufarbeitung der österreichischen Geschichte fordern, kann das nur als blanker Zynismus bewertet werden.

Nicht Herrn Schönhuber kommt die Regierungsbeteiligung der ÖVP zugute, sondern denen, die meinen, ihre Weste durch Abgrenzung von Jörg Haider reinwaschen zu können.

Jonas Laß

Rassismus zurückgedrängt

Am Montag vergangener Woche wurde der vor knapp drei Monaten beschlossene „Marokkaner-Stop“ sowohl in den privaten Wohnheimen als auch in den vom AkaFö getragenen aufgehoben. Diese Regelung in Form von Aufnahmeverweigerung war aufgrund von angeblich zahlreichen Beschwerden über die marokkanischen Studenten in den Wohnheimen von Seiten der Bochumer Studentenwohnheime getroffen worden.

Am Montag, dem 31. Januar wurde ein Gespräch im Roncalli-Haus unter der Leitung von Dr. Wolfgang Spickermann, Heimleiter dieses Hauses und gleichzeitig Heimsprecher

der Arbeitsgemeinschaft der Studierendenheime in privater Trägerschaft, einberufen. Auf dieser Versammlung, an der die Heimleitung des Roncalli-Hauses, Vertreter des AkaFös, des Vereins für marokkanische Studenten und Absolventen e.V., der Studentischen Heimselbstverwaltung des Papagaienhauses und des BAS (Bündnis Ausländischer Studierender), teilgenommen haben, wurde der noch immer existierende „Marokkaner-Stop“ aufgehoben.

Dieser Erfolg - bzw. die Durchsetzung eines als Selbstverständlichkeit zu betrachtenden Grundsatzes - verspricht auch für die Zukunft eine Kooperation aller Beteiligten.

BAS (Bündnis Ausländischer Studierender)

Neues Urteil zum Polit

Vor zwei Wochen erlies der Verfassungsgerichtshof NRW ein Grundsatzurteil zum Politischen Mandat. Damit hat sich erstmals ein Verfassungsgericht mit der Frage befasst, zu welchen Themen sich Studierendenvertretungen wie ASten Stellung nehmen dürfen. Auseinandersetzungen darüber gibt es, seit es linke Asten gibt: Immer wieder haben seit den 1970er Jahren rechte Individuen oder Gruppen wie der RCDS Klagen gegen unliebsame Auserungen linker StudierendenvertreterInnen angestrengt. Wir berichten darüber, wie es zu dem Urteil von vorletzter Woche kam und welche Konsequenzen dieses Urteil haben wird.

Rechte machen ASten mundtot

Emil Carlebach hatte eine ganze Menge zu erzählen. Der ehemalige KZ-Häftling war von der Fachschaft Geschichte der Uni Münster als Redner in der Reihe „ZeitzeugInnengespräche - Wider das Vergessen“ eingeladen worden. Der AStA der Uni Münster druckte im November 1995 ein Interview mit ihm ab. Auch das Oberverwaltungsgericht NRW fand Carlebach interessant - zu interessant: Mit Gerichtsbeschluss vom 23. April 1997 wurde sowohl der Abdruck des Interviews als auch die Durchführung der Veranstaltung zu einer unzulässigen Anmaßung von der Studierendenschaft nicht zustehenden Aufgaben erklärt.

Zwar bemerkte auch das Gericht, es sei „nicht in Abrede zu stellen, daß die genannte Gesprächsreihe für Studierende der Geschichte von besonderem Interesse sein kann“. Nichtsdestotrotz kam es zu dem Schluss, die Inhalte der Veranstaltung und des Interviews seien letztlich nicht „unmittelbar hochschulbezogen“, sondern „allgemeinpolitisch“. Ein Politisches bzw. Allgemeinpolitisches Mandat (PM) aber stehe der Studierendenschaft (AStA) oder ihren Unterorganen (Fachschaften) nicht zu.

maulkörbe

Das 1997er Urteil war nur das Sahnehäubchen auf einer ganzen Serie von Urteilen. War das Münsteraner Urteil inhaltlich besonders skandalös, erregten andere Urteile Aufmerksamkeit besonders aufgrund der Höhe der verhängten Bußgelder: Der Marburger AStA wurde 1997 wegen Stellungnahmen zu allgemeinpolitischen Themen zu

Zahlungen in Höhe von insgesamt 26.000 Mark verknackt. Seitdem darf sich das AStA-Team dort (wie z.B. an der FU Berlin auch) bei jedem einzelnen Flugblatt überlegen, ob es eine fünfstellige Strafgebühr riskieren oder nicht lieber untätig Däumchen drehen will. Kläger in Marburg war übrigens ein Mitglied des Hochschulverbandes der „Republikaner“. Unterstützung erhielt er von einem obskuren „Institut für Hochschulrecht“, einem Ein-Mann-Verein unter dem Münsteraner Berufskläger René Schneider, der es in den vergan-

Verfassungsgericht

In seinem Urteil vom 25. Januar 2000 hat sich das Verfassungsgericht NRW in Münster mit dem allgemeinpolitischen Mandat beschäftigen müssen. Initiiert wurde dies durch die CDU-Landtagsfraktion, die befürchtete, das geltende Universitätsgesetz (UG), ermögliche den Asten, sich „durch die Hintertür“ allgemein politisch zu äußern.

Die CDU beabsichtigte durch ihren Antrag, Teile des Universitätsgesetzes zu streichen, so dass Asten nur noch studentische und hochschulbezogene Belange wahrnehmen dürften. Dabei war der Union vor allem die Formulierung in § 71 UG, der AStA hätte auch „die politische Bildung“ zu fördern, ein Dorn im Auge. Ihrer Ansicht nach war dieser Artikel des UG verfassungswidrig, da es weder die Aufgabe einer „Zwangorganisation“ sei, „staatsbürgerliches Verantwortungsbewußtsein“ zu fördern, noch sie ermächtigt ist, in Medien aller Art die Diskussion oder Veröf-

ischen Mandat

genen sechs Jahren auf immerhin 25 Verfahren gegen verfasste Studierendenschaften gebracht hat. Der juristische Hebel liegt darin, dass es sich bei der verfassten Studierendenschaft um „Zwangskörperschaften“ handelt: JedeR eingeschriebene Studierende ist automatisch Mitglied. Daher bedeute es eine Verletzung der Persönlichkeitsrechte, wenn der AstA Mittel so benutze, dass sie anderen als direkt studienbezogenen Zwecken diene. Wie eigentlich „hochschulbezogene“ von „allgemeinpolitischen“ Themen im einzelnen so genau zu trennen seien, interessiert die Gerichte dabei i.d.R. nicht.

rot-grün reagiert

Das Emil-Carlebach-Urteil rüttelte selbst die rot-grüne Landesregierung so auf, dass sie schon im Juli 1997 das Universitätsgesetz (UG) änderte, um zumindest ein Mindestmaß an Rechtssicherheit für die Asten zu garantieren. Der im UG definierte offizielle Aufga-

benbereich der Studierendenschaften wurde um folgende Punkte erweitert: „die Belange ihrer Mitglieder in Hochschule und Gesellschaft wahrzunehmen“ und „auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung die politische Bildung, das staatsbürgerliche Verantwortungsbewußtsein und die Bereitschaft zur aktiven Toleranz ihrer Mitglieder zu fördern“. Da die Klagen der Vergangenheit sich in erster Linie gegen gedruckte Veröffentlichungen gerichtet hatten, kam noch folgender Passus hinzu: „Die Studierendenschaft und ihre Organe können für die genannten Aufgaben Medien aller Art nutzen und in diesen Medien auch die Diskussion und Veröffentlichung zu allgemeinen gesellschaftspolitischen Fragen ermöglichen.“

Damit war den potenziellen KlägerInnen in NRW das Wasser abgegraben, während die Maulkorbklagen in anderen Bundesländern weitergingen. Das UG in NRW wurde mittlerweile einer verfassungsrechtlichen Prüfung unterzogen, die zu einem positiven Ergebnis gelangte (s.u.)

hmk

NRW erklärt UG für verfassungskonform

berufung zu allgemeinpolitischen Fragen zu ermöglichen. Das soll heißen, dass weder der AstA selbst noch durch ihn geförderte Dritte sich zu gesellschaftlichen Themen äußern sollen, um jegliche Formen der Kritik an den Universitäten unmöglich zu machen.

dürfen's ...

Dies ist im Großen und Ganzen vom Verfassungsgericht abgewiesen worden. Das Gericht stellt zwar fest, der AstA besitze grundsätzlich kein allgemeinpolitisches Mandat, somit auch keinen direkten politischen Bildungsauftrag, dennoch hielt das Verfassungsgericht die Formulierung im UG, es sollte einem AstA möglich sein, auch die Thematisierung gesellschaftlicher Themen zu fördern, nicht für verfassungswidrig. Es sah dabei auch nicht die Gefahr, indirekt doch das allgemeinpolitische Mandat eingeführt zu haben, da die „Neutralität“ der Studierendenschaft gewahrt werden müsse und von Wer-

tungen und Positionierungen in Publikationen abgesehen werden solle. So darf sich die Studierendenschaft zwar nicht parteilich zu allgemeinpolitischen Fragen im Zusammenhang mit hochschulpolitischen Fragen äußern, sie darf über solche allerdings informieren.

... oder dürfen's nicht?

Zwar räumt das Urteil den Asten kein allgemeinpolitisches Mandat ein, wie es die rot-grüne Landesregierung eigentlich beabsichtigt hatte; der Unterschied zu vielen Einzelentscheidungen, die bundesweit schon gegen etliche Asten ergangen sind, ist jedoch, dass es sich nicht über geltendes Universitätsgesetz hinausdehnt, sondern dieses „nur“ bestätigt. Andererseits handelt es sich hier um ein Grundsatzurteil, das fortan für alle Asten in NRW ohne ergangenen Einzelentscheid bindend ist und somit die Arbeit dieser in einigen Bereichen erschweren könnte.

Mary Aptidou

„Time ...“

Es muss Anfang der Neunziger gewesen sein, als es möglich war, so abgefahrene Combos wie They Might Be Giants bei MTVs „postmodern“ oder „120 minutes“ zu bestaunen.

Jedenfalls erschien 1990 *Flood*, das wohl erfolgreichste Album des New Yorker Duos, danach konnte leicht der Eindruck entstehen, die Band sei aufgelöst worden, man hörte nämlich nichts mehr von ihnen, obwohl sie praktisch die ganze Zeit über aktiv waren. Ein Steigen ihrer Popularität ist mit der neuen Konserve allerdings auch nicht zu erwarten, zumal diese nur in Form von mp3s von <http://www.emusic.com> heruntergeladen werden kann (natürlich nicht umsonst, neben der funktionierenden Internetanbindung braucht's noch eine Kreditkarte und 8,99 Dollar).



Was über die Qualität des neuen wie der vorhergehenden Werke freilich nichts aussagt. Wer nämlich Attribute wie intelligent, albern, cool, engagiert, dekonstruktivistisch, nett, interessant oder merkwürdig als Kennzeichnungen hochwertiger (Pop-) Musik ansieht, müsste They Might Be Giants mögen. Ein weiterer Begriff, der vor allem in Zusammenhang mit dem neuen Album, *Long, Tall Weekend* nicht ganz unzufreffend gebraucht wird, ist

Eklettizismus. Tatsächlich sind John Linnell und John Flansburgh nicht zurückhaltend bei der Aneignung von Stilelementen aus der Popmusik verschiedenster Herkünfte. Der Sound bleibt dabei jedoch transparent bzw. nachvollziehbar.

„... is marching on, ...“

Trotz und gerade wegen der wirklich übersichtlich gehaltenen Arrangements zeigt diese Veröffentlichung mehr als z.B. *Flood* die stilistische Vielfalt der Giantschen Musik und das dahinterstehende Konzept. Dieses erschöpft sich eben nicht in der satirischen oder kritischen Darstellung gesellschaftlicher Sachverhalte mit Hilfe witziger Texte und origineller

Musik in einem 'ganz eigenen Stil' (welcher als solcher die Lebenslüge vieler MusikerInnen darstellt), sondern nimmt darüber hinaus, und dies macht die Sache erst richtig angenehm, die musikalischen Ausdrucksmittel selbst, mal einzeln, mal schubladenweise auf die Schippe. Bei *Long, Tall Weekend* versammeln sich so allerlei Zitate aus und Parodien über ungefähr fünfzig Jahre Popmusikgeschichte vor allem durch die netten Gesangsstimmen als wesentlichem giantstypischen oder originären Mittel zusammengehalten. Der Witz, der aus dem Kontrast oder der Verknüpfung von Text und Musik entsteht, erschließt sich aufgrund der sparsam eingesetzten und doch zahlreichen Instrumente leichter als in den früheren, vor allem etwas akkordeonlastigen, Werken.

„... and time ...“

Für in Europa Ansässige mag es traurig sein, zu lesen, dass etwa das Soloprojekt Linnells (debut album: *state songs*) nur in den USA live zu sehen und zu hören ist, von They Might Be Giants-Konzerten ganz zu schweigen. Offensichtlich legen John und John weniger Wert auf ein großes Verbreitungsgebiet als auf skurrile Vergnügen wie den Auftritt einer der auf *state songs* zu hörenden automatischen Karussellorgeln beim Konzert im Bowery Ballroom in New York. Ein Grund mehr allerdings sich *Long, Tall Weekend* zuzulegen, finden sich hier doch auch Stücke des Standardliverepertoires wie „Older“ (eine fabelhafte musikalische Behandlung des Themas die-Zeit-vergeht)“ erstmalig auf einem offiziellen Tonträger.

„is still marching on.“¹

Allen, die nicht über die technischen Möglichkeiten verfügen, die mp3s zu kaufen (oder sie sich kopieren zu lassen, was hier nahe liegt), seien einfach die früheren, noch erhältlichen cds (auf jeden Fall empfehlenswert sind *Flood* und *John Henry* (1994)) sowie das sicher bald erscheinende neue Album (auf CD) ans Herz gelegt.

mw

¹ Aus: „Older“.

Die Bewegung macht Druck

Bildband über autonome Plakate

HKS 13 - mit dieser Abkürzung bezeichnet man im Druckergewerbe einen bestimmten Rotton, der besonders bei der politischen Linken zur Schmückung von Druckerzeugnissen beliebt ist. Nach dieser Volltonfarbe hat sich auch das HerausgeberInnenkollektiv des schönen Buches hoch die kampf dem. 20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen benannt, das im Gemeinschaftsverlag dreier linker Verlage in Hamburg, Berlin und Göttingen erschienen ist.

Die Bandbreite, die der Band durch Abbildungen von Plakaten abdeckt, ist tatsächlich so breit, dass man wohl sagen kann, keine „autonome Bewegung“ dürfte sich übergangen fühlen: Die einzelnen Kapitel behandeln Häuserkämpfe, FrauenLesben, Polizei - Überwachung - Datenschutz, Solidaritätsbewegung, Antiimperialismus, Antifa, Antimilitarismus, Anti-AKW, Gefangene, Antirassismus und 1. Mai. Dazwischen gibt es Texte zur Geschichte der Roten Flora (autonome Druckerei in Hamburg), zur Geschichte um die Startbahn-West, zu Kindern als Sympathieträgern und zum Plakatdesign. Die geographische Verbreitung der behandelten Plakate beschränkt sich zu einem großen Teil auf die drei Orte der Verlagssitze - obwohl auch Bochum (z.B. Plakat zum besetzten Heusnerviertel) bisweilen zu Ehren kommt. Etwa die Hälfte aller Plakate stammen aber aus Berlin.

zur abwechslungs selbstkritik

Besonders erfreulich ist, dass die Texte fast durchgängig selbstkritisch sind, was angesichts der markigen und häufig selbstgerechten Sprüche der Plakate, die die alleinige Wahrheit zu verkünden scheinen, nicht unbedingt selbstverständlich ist. VerfasserInnen sind in den meisten Fällen Leute aus der jeweiligen Bewegung, wenn nicht sogar solche, die das eine oder andere Plakat selbst mit-

gestaltet haben. Der Bezug zu den abgebildeten Plakaten variiert dabei stark; leider wird insgesamt zu wenig auf die Motive Bezug genommen, so dass die auf bestimmte einzelne Plakate gerichtete Neugier unbefriedigt bleibt.

schnäppchen für radikalinskis

Ganz erstaunlich gut gelungen ist aber die Aufmachung - und das ist ja bei einem „Bilderbuch“ ziemlich entscheidend. Die Druckqualität ist superb, die meisten der über 600 abgedruckten Plakate auch so gross abgebildet, dass man alles ordentlich erkennen kann, der Text ist ansprechend gestaltet, und, als wäre das für knapp 40 Mark noch nicht genug, gibt es sogar eine CD-ROM als Zugabe, auf der zusätzlich zu den im Buch bereits auf Papier vorliegenden Plakaten nochmal ca. 2400 (!) Stück im JPEG-Format vorliegen. Leider sind diese überhaupt nicht thematisch sortiert, und die Dateinamen spiegeln nur eine numerische Reihenfolge wieder. Nichtsdestotrotz befriedigt dieses Buch für einen wirklich fairen Preis die Bedürfnisse vieler möglicher Käuferzielgruppen: Nostalgiker, Historikerinnen, Bildersammler, Plakatgestalterinnen und natürlich nicht zuletzt MacherInnen von kleinen Campus-Zeitungen wie der 2313 ...



HKS 13 (Hrsg.)
hoch die kampf dem. 20
Jahre Plakate autonomer
Bewegungen.
Hamburg/Berlin/Göttingen:
verlag Libertäre Assoziation/
verlag der Buchläden Schwarze
Risse/Rote Straße 1999.
239 Seiten; 39,80 Mark
ISBN: 3-922611-73-7

erhältlich am

NOTSTAND

hmk

Zeitschriften, die die Welt nicht braucht - Teil 15

Weltstädtisch

Das Schicksal hat es so gewollt: Die Mondgefühlskurve der Redaktion verläuft so tief wie noch nie: „Je weiter sie nach unten geht, desto stärker Ihr gefühlsmäßiges Minus: Sie werden lethargisch, vielleicht auch launisch und ziehen sich zurück.“

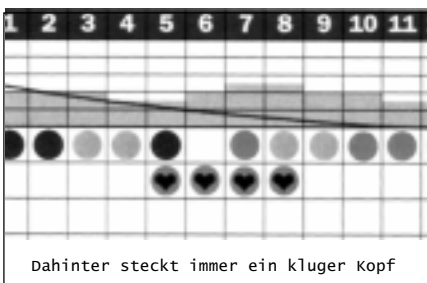
Leider kann das auch die Mond-Körperkurve nicht ausgleichen, die sich ebenfalls dem Tiefstpunkt nähert: „Schönen Sie sich bei allem, so gut es geht!“ - Über die Karriere sagt der Astro-„Rhythmus“: „Vorsicht, heute lieber keine Risiken eingehen!“

weshalb?

Und wer im Stillen doch auf die Gültigkeit von „Pech im Spiel, Glück in der Liebe“ gehofft hat, wird bitterlich enttäuscht, das Herz auf schwarzen Grund besagt eindeutig: „Sie möchten allein sein, fühlen sich leicht missverstanden.“. So *Cosmopolitan*.

deshalb!

Und warum das alles? Samantha & Samuel, Modernes Leben, Junges Fräulein, Auf Draht heute, Gestalt, Freude, Männer-Gesundheit, Freundin, Leben & Stil, Anfall für Spaß, InStil, Ökonomie, Bravo Mädchen!, Zucker und Weltstädtisch.



Dienstag, 15. Februar

19h30, Zeche Carl, Essen (Wilhelm-Nieswandt-Allee 100) Deutschland wiedergutmacht? Zur Kontroverse um die Entschädigung für ZwangsarbeiterInnen

mit: Kurt Goldstein (ehemaliger Auschwitz-Häftling und Zwangsarbeiter) und Lothar Evers (Geschäftsführer des 'Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte')

Veranstalter: Zeche Carl, Unabhängige Antifa Aktiv, Hannah Arendt Bildungswerk, Antifa Forum

Mittwoch, 16. Februar

20h, Bahnhof Langendreer, Bochum Kindersoldaten in Angola und der „Demokratischen Republik Kongo“

Angola, das Land, wo der Umbruchprozess im Südlichen Afrika seinen Anfang nahm, beschreiben Kenner der Region seit Jahren als 'Hölle auf Erden'. Es wird zunehmend schwieriger, klare, eindeutige Ursachenerklärungen für die Kriege in der Region abzuleiten. Ralf Syring, Kinderarzt und Internationalist, wird einige Fragen und Hypothesen formulieren, die er zur Diskussion stellt.

Eine Veranstaltung der Bochumer Initiative Südliches Afrika (BISA)

Mittwoch, 23. Februar

20h, Bahnhof Langendreer (Raum 6), Bochum Castor Alarm 2000 - NiX⁵ fährt mehr!

Beim Erscheinen des Programms hat das Bundesamt für Strahlenschutz die Genehmigungen für Atommülltransporte in deutsche Zwischenlager und in die Wiederaufarbeitungsanlagen erteilt. Damit ist die letzte Hürde für weitere Atomtransporte gefallen, d.h. es geht wieder los! Es soll dher um den derzeitigen Stand der Dinge und um die Vorbereitung von Aktionen gegen den nächsten Transport gehen. Insbesondere sollen neue Aktionsformen rund um den Transport, bspw. eine Blockade der Urananreicherungsanlage in Gronau, angedacht werden.

Veranstalter: Anti-Atom-Plenum Bochum

Montag, 28. Februar

19h, AZ Essen, UAA, Thiesbürgerweg 24 (Linie 109 Ri. Frohnhausen bis Breilsort)

Ruhrkampf 1920, Informationen und Diavortrag

zum 80. Geburtstag des Ruhrkampfes

„Wir Verlangen das Paradies auf Erden und lassen uns nicht länger mit der Hoffnung auf ein besseres Jenseits abpassen.“

Dieser Auszug aus einem Flugblatttext des „Vollzugsrates“ einer Zechenkolonie im Ruhrgebiet zeigt deutlich: Im März 1920 herrschte im Revier Revolutionsstimmung.

Drei Wochen lang versuchten aufständische ArbeiterInnen nach dem rechten Kapp-Putsch von Militärs gegen die Weimarer Republik, aus dem Abwehrkampf im rheinisch westfälischen Industriegebiet eine weitergehende revolutionäre Umwälzung der Verhältnisse durchzusetzen. Dieser Versuch auf revolutionärem Wege eine neue Ordnung zu etablieren endete in einem furchtbaren Blutbad der siegreichen Militärs.

mit Ludger Fittkau